

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGES VON SACHSEN-ANHALT



Jugend aktiv im Parlament

Politische Gehversuche...

- 4 70 JAHRE REICHSPÖGROMNACHT
- 12 HALBZEIT IM PARLAMENT
- 14 PERSONALENTWICKLUNG DISKUTIERT

Am 7. November 2008 tagte zum neunten Mal ein Jugendparlament im Landtag von Sachsen-Anhalt. Zu dessen Inhalten, Ergebnissen sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmern lesen Sie mehr auf den Seiten 4/5.



MEHR TRANSPARENZ SCHAFFEN

„Demokratie ist nicht einfach eine Pille, die einem morgens verabreicht wird, und abends ist man kuriert. Sie kann keinem Volk aufgezwungen werden. Demokratie ist eine Kultur, die in einer Gesellschaft von unten wachsen muss und von oben gefördert werden soll“, lautet ein Zitat des Schriftstellers Tahar Ben Jelloun.

Für die meisten von uns ist Demokratie mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Dennoch leben viele Menschen auf dieser Welt noch immer in anderen Gesellschaftssystemen. Grund genug, so meine ich, uns in Erinnerung zu rufen, welches große Privileg unser demokratisches Staatswesen eigentlich ist.

Für alle, die wie die Abgeordneten und Mitarbeiter im Landtag von Sachsen-Anhalt die Demokratie quasi als Tagesgeschäft erleben, könnte die Beteiligung an den parlamentarischen Verfahren schnell zur Routine werden. Dass dies nicht so ist und dass bei uns im Parlament viele interessante Dinge passieren, wollen wir mit dem neuen Landtagsmagazin „ZwischenRuf“ zeigen, das künftig vierteljährlich erscheinen soll. Wir hoffen, Einblick zu gewähren, zu informieren und noch mehr Transparenz zu schaffen. Natürlich wäre es schön, wenn wir möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu politischem Engagement motivieren könnten. Denn Demokratie heißt: Diskutieren, für seine Ziele Verbündete suchen, Mehrheiten finden und widerstreitende Interessen ausgleichen.

Wenn ich mir die erste Ausgabe unseres Landtagsmagazins ansehe, dann fällt mir die Vielfalt der Beiträge und Themen auf. Besonders sticht natürlich die Berichterstattung über unser Jugendparlament ins Auge. Bereits zum neunten Mal

wurde der politische Austausch von Jugendlichen ermöglicht, diesmal stand aus gegebenem Anlass die Wiederkehr des Jahrestages der Reichspogromnacht (9. November 1938) im Mittelpunkt von Diskussionsforen und Beschlüssen. Drei, von Schulen aus Magdeburg, Halberstadt und Schulpforta abgesandte Fraktionen, erarbeiteten Anträge zum Thema Auseinandersetzung mit Fremdenhass und Rechtsextremismus sowie eine Resolution, mit der die Jugendlichen eine Stärkung des Bewusstseins gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Folgen forderten. Ein Ansatz, den ich ebenso beachtlich finde wie den entsprechenden Bericht im neuen Landtagsmagazin.

Ich will aber keinen Artikel besonders herausheben, sondern freue mich einfach über das gelungene „Erstlingswerk“, das ich allen zur Lektüre ausdrücklich empfehle. Ich wünsche Ihnen viel Freude und neue Einblicke in die Arbeit unseres Parlaments!

Dieter Steinecke

Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt





Zum 9. Mal lud der Landtagspräsident junge Menschen ein, am 7. November 2008 im Plenum politische Themen zu diskutieren. Zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht richteten die Jugendlichen ihr Augenmerk auf Sinn und Bedeutung des Gedenkens und verschiedene Formen der Erinnerungskultur.



Blauer Dunst und kein Ende: In Eckkneipen und Diskotheken Sachsen-Anhalts darf wieder geraucht werden. Das Landesverfassungsgericht erklärte Teile des Nichtraucherschutzgesetzes für verfassungswidrig.

04

08

70 JAHRE REICHSPOGROMNACHT

VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT VERBINDEN

Das 9. Jugendparlament im Landtag diskutiert über Formen der Erinnerungskultur

04

FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Jugendparlamentarier verabschieden gemeinsame Resolution

05

70 JAHRE REICHSPOGROMNACHT

»Mit dem 9. November war es praktisch aus« – ein Filmprojekt des Landtages

06

NICHTRAUCHERSCHUTZGESETZ

BLAUER DUNST UND KEIN ENDE

Das Nichtraucherschutzgesetz und seine Geschichte

08

RUND UM DIE LANDTAGSSITZUNGEN

MINISTER AUF DEM „HEISSEN STUHL“

Spannendere Sitzungen durch Regierungsbefragungen erhofft

10

LANDTAGSSITZUNGEN IM INTERNET

Zukünftig per Mausclick dabei sein

11

VOLKSHANDBUCH DES LANDTAGES

Die wichtigsten Informationen zum Parlament und den Abgeordneten

11



Gut zweieinhalb Jahre nach der letzten Landtagswahl am 26. März 2006 ist die Halbzeit der fünften Wahlperiode erreicht und Zeit für eine Zwischenbilanz. Dabei spiegeln nicht nur die Vielzahl der Debatten und Beschlüsse des Parlaments seine Arbeit wider, sondern auch die Projekte, die Politik transparenter und Demokratie erlebbarer machen.

Ein „Heißer Stuhl“ soll Landtagsdebatten attraktiver, lebendiger und spannender gestalten. Nach den ersten drei Proberunden haben sich die Erwartungen an die neue Form der Regierungsbefragung noch nicht ganz erfüllt.

12

10

ZWISCHENBILANZEN

WERKSTATT DER DEMOKRATIE

Halbzeit im Landtag der 5. Wahlperiode

12

PERSONALENTWICKLUNG DES LANDES AUF DEM PRÜFSTAND

Erster Zwischenbericht der Enquetekommission

14

LETZTE ZWISCHENRUF

RUND UM DEN LANDTAG – KURZ NOTIERT

Beschlüsse, Themen und Veranstaltungen des Landtages

15

PARLAMENTSSTENOGRAF DER ERSTEN STUNDE

Manfred Kehrer schrieb 18 Jahre im Plenum

15

BESUCH AUS CHINA

Gespräche zur Jugendpolitik

16

AUSSTELLUNGEN IM LANDTAG

Die nächsten neuen Präsentationen im Parlament

16

TERMINE JANUAR - MÄRZ 2009

Plenarsitzungen, Ausstellungen und Veranstaltungen

17

VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT VERBINDEN

DAS 9. JUGENDPARLAMENT IM LANDTAG DISKUTIERT ÜBER FORMEN DER ERINNERUNGSKULTUR

Neunzig Mädchen und Jungen aus Magdeburg, Halberstadt und Bad Kösen bildeten die drei Fraktionen des diesjährigen Jugendparlamentes im Landtag von Sachsen-Anhalt. Bereits zum neunten Mal wurde der politische Austausch von Jugendlichen des Landes ermöglicht. Diesmal stand aus gegebenem Anlass die Wiederkehr des Jahrestages der Reichspogromnacht (9. November 1938) im Zentrum des Interesses in Diskussionsforen und Beschlüssen im Plenarsaal.

ZERBROCHENE FENSTERSCHEIBEN

Die späterhin wegen tausender zertrümmerter Schaufenster jüdischer Geschäfte „Reichskristallnacht“ genannte Aktion der nationalsozialistischen Tyrannen unter Adolf Hitler war nicht der Auftakt, wohl aber die Intensivierung der Verfolgung und Vernichtung jüdischer Mitbürger und damit des rassenideologischen Kampfes gegen die Demokratie und Glaubensfreiheit – nicht zuletzt ein Kampf der Nazis gegen Menschlichkeit und Vernunft. Die von ihren Schulen ab-

gesandten Fraktionen erarbeiteten verschiedene Anträge zur Auseinandersetzung mit Fremdenhass und Rechtsextremismus sowie eine Resolution für mehr Demokratiebewusstsein. Diskutiert und schließlich befürwortet wurde

im ersten der drei Foren, inwieweit Schulen grundsätzlich eine klare Stellungnahme zu Rassismus in Form eines Leitbildes beziehen sollen. Aus der Mitte der Schülerschaft heraus soll dieses Leitbild – einem Grundgesetz für die Schule vergleichbar – entstehen und klare Aussagen darüber treffen, wie sich die Schülerinnen und Schüler aktiv für ein demokratisches Wesen in ihrer Bildungseinrichtung einsetzen können.

Ob Bildungsfahrten zu Gedenkstätten Pflicht für alle Schüler werden sollten, diskutierten die Teilnehmer im zweiten



Forum. Hier, wie auch später im Plenarsaal, sprachen sich die Jugendparlamentarier dafür aus, dass Bildungsfahrten wesentlich zur Vermittlung von Wissen sowie zur kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit beitragen.

Das „Mitnehmen“ Falschinformierter oder Desinteressierter sei eine wichtige Aufgabe, um sie nachhaltig auf den Weg des demokratischen Rechtsstaates zu lenken. Bildungsfahrten fördern, so die Antragsteller, bewusstes Denken und Erinnern. Dadurch sollen sich Verbrechen wie während der Nazi-Diktatur nicht wiederholen können. Zu guter Letzt wurde der Nutzen von Denkmälern besprochen. Ihr mahrender Charakter sei es, der diese Form des Erinnerns und Mahnens unabkömmlich mache. Wichtig sei, dass sie einen bleibenden Eindruck hinterließen, wenn sie auf die Dimensionen von Unrecht und Verbrechen aufmerksam machen; zu ihnen sollte immer ein Informationsangebot gehören, durch das sich gewonnene Eindrücke vertiefen ließen. *Stefan Müller*

INFO ZUM JUGENDPARLAMENT

Seit 1997 haben Schülerinnen und Schüler aus Sachsen-Anhalt einmal jährlich die Gelegenheit, selbst Parlamentarier im Landtag zu sein. Der Plenarsaal ist dann für einen Tag fest in der Hand von circa 100 Jugendlichen aus dem Land, die selbst gewählte Themen und Anträge diskutieren. Der Landtag lädt damit Jugendliche ein, parlamentarische Arbeitsabläufe hautnah kennenzulernen, die Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozesse in einem Parlament selbst zu erleben und mit Abgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung unmittelbar ins Gespräch zu kommen.



FÜR FREIHEIT UND DEMOKRATIE

JUGENDPARLAMENTARIER VERABSCHIEDEN GEMEINSAME RESOLUTION

Das 9. Jugendparlament im Landtag von Sachsen-Anhalt endete in diesem Jahr nicht nur mit der Verabschiedung dreier Anträge, sondern mit einem fraktionsübergreifenden politischen Statement. Zum 70. Jahrestag der Reichspogromnacht, die im November 1938 den Beginn der brutalen Judenverfolgung im dritten Reich kennzeichnete, wandten sich die Jugendparlamentarier mit einer gemeinsam verfassten Resolution an die Landespolitiker.

VERANTWORTUNG IST ERKANNT

„Die Reichspogromnacht hat auch in unserer Zeit und für die zukünftigen Generationen weder an Bedeutung noch an Relevanz verloren“, heißt es in der vom Jugendparlament verabschiedeten Resolution. Diese besondere Zeit sei nicht nur bloße Geschichte, sondern eine stete Mah-

nung, wie jederzeit Menschen- und Bürgerrechte verloren gehen können. Daher forderten die Jugendlichen eine Verpflichtung der Schulen, sich mit dem Thema Nationalsozialismus im Unterricht sowie bei darüber hinausgehenden Angeboten auseinanderzusetzen; sie appellierten an die Medien, verstärkt über Aktionen gegen Rechtsextremismus und über Opfer rechter Gewalt zu informieren. Neue Akzente erwarten sie von der Bildungs- und Sozialpolitik von Land und Bund: Eine Ausweitung der staatlichen Jugendsozialarbeit und erweiterte Konzepte für die politische Bildung – Stärkung des Demokratiebewusstseins und -verständnisses – in und an Schulen wünschen sie für sich und die nachfolgenden Generationen.

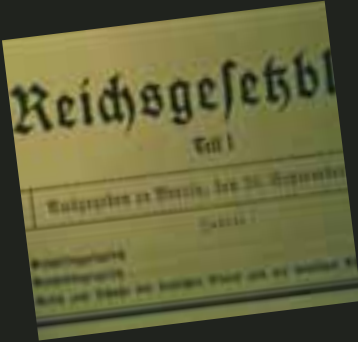
Stefan Müller

*Den gesamten Resolutionstext finden Sie unter:
www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=30*

Für die Teilnahme am 9. Jugendparlament konnten sich in diesem Jahr Berufsschulen und Gymnasien bewerben. Unter dem Titel „Erinnern für Gegenwart und Zukunft“ sollten sich die Schülerinnen und Schüler mit den drei Themen „Politisches Leitbild in Schulen“, „Bildungsfahrten“ und „Denkmäler“ auseinandersetzen. Jeweils eine Klasse der Magdeburger Berufsbildenden Schule I „Eike von Repgow“, dem Gymnasium „Martineum“ in Halberstadt und der Landesschule Pforta in Bad Kösen konnten sich im Bewerbungsverfahren durchsetzen und bildeten die drei Fraktionen des diesjährigen Jugendparlamentes.

70 JAHRE REICHSPOGROMNACHT

»MIT DEM 9. NOVEMBER WAR ES PRAKTISCH AUS« –
EIN FILMPROJEKT DES LANDTAGES



Aus Anlass der 70. Wiederkehr der Reichspogromnacht am 9. November 1938 hat der Landtag von Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit jungen Medienmachern der Fachhochschule Magdeburg-Stendal ein Filmprojekt realisiert, das sich an die heutige Generation Jugendlicher in Sachsen-Anhalt richtet.

Am 9. November 2008 jährte sich eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte. Mitbürgerinnen und Mitbürger wurden zu Ausgestoßenen und Verfolgten – nur weil sie einen anderen Glauben hatten. Angestachelt von der Ideologie des Nationalsozialismus wurden in reichsweit organisierten Terroraktionen Hunderte von Synagogen in Brand gesetzt, Tausende jüdischer Geschäfte und Wohnungen zerstört und 91 Personen getötet. In den Folgetagen transportierte man rd. 30.000

jüdische Männer in Konzentrationslager. Es begann eine Leidenszeit, die in Europa für sechs Millionen Juden mit dem Tod in den Vernichtungslagern endete. Jungen Menschen scheint der Wahnsinn des Holocausts oft unbegreiflich. Deshalb hat sich der Landtag entschlossen, einen Film herauszugeben, in dem Zeitzeugen zu Wort kommen, die in Sachsen-Anhalt die Entrechtung von Juden erlebt haben. Etwa der in Halberstadt geborene stellvertretende Chefankläger im Eichmann-Prozess, Gabriel Bach, der anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar 2008 im Landtag sprach. Während seines mehrtägigen Aufenthaltes auf Einladung des Landtages in Sachsen-Anhalt begleiteten ihn Studentinnen und Studenten des Fachbereichs Journalistik/Medienmanagement der Fachhochschule Magdeburg-Stendal mit der Kamera. In Kooperation mit dem Offenen Kanal Magdeburg, der 2008 einen Film über Mag-

deburger Juden auf der Basis zahlreicher Zeitzeugeninterviews drehte, wurde die Umsetzung eines neuen Filmkonzeptes möglich: Zeitzeugen erinnern sich an ein Damals, das die heutige junge Generation und auch ihre Eltern nicht selbst erlebt haben. Die Kamera kehrt dabei an die in den Erinnerungen von damals genannten Plätze im Jahr 2008 erneut zurück. Mit Unterstützung von Laiendarstellern im Outfit der 1930er Jahre, wird der Frage nachgegangen, ob diese Formen von Ausgrenzung und Antisemitismus sich im Sachsen-Anhalt des 21. Jahrhunderts wiederholen können?

Der Filmteil der DVD ist strukturiert und verfügt über drei Untermenüs: „Zeitzeugen“ gibt Auskunft über den Lebensweg der im Film zu Wort kommenden Augenzeugen. Neben Gabriel Bach (81) sind das Gerda Fellner (74), Werner Simonson (81), Hans Tyczynski (84) und Herbert Rasenberger (86).

DVD-BESTELLUNG

Die DVD kann kostenfrei unter folgender Adresse bestellt werden:

Landtag von Sachsen-Anhalt
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll

Domplatz 6 - 9
39104 Magdeburg
Fon 0391 | 560 | 0
Fax 0391 | 560 | 1123

landtag@lt.sachsen-anhalt.de
www.landtag.sachsen-anhalt.de



Das Untermenü „Kapitel“ ermöglicht es, die vier Filmkapitel auch einzeln abzuspielen:

1933/2008 Damals und heute

Wie konnte die Normalität des Zusammenlebens von Menschen verschiedenen Glaubens derart gestört werden? Wie gelang es den Nazis, Mauern in den Köpfen der Menschen zu errichten?

Jüdischer Alltag in Deutschland – Bloß nicht auffallen

Dieses Kapitel setzt sich mit der Wahrnehmung von Juden im öffentlichen Leben auseinander. Wie kam es zu einer derartigen Ausgrenzung? Ist Ähnliches auch heute möglich?

„Deutsche und Juden“ – Eine unmögliche Freundschaft?

Nach der Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ wurden Juden systematisch ausgegrenzt. In Schulen wurde

das Fach „Rassenkunde“ eingeführt. Politik und Medien propagierten dies als richtig. Konnte das alles falsch sein?

1938 Die Reichspogromnacht

Ein Zeitzeuge schildert, wie die Zerstörung jüdischen Eigentums in dieser Nacht an Dynamik gewann und wie Menschen mitmachten, ohne zu überblicken, was sie taten.

Eine zusätzliche Tafel im Untermenü „DVD-ROM“ verweist auf den Datenteil der DVD. Hier sind mittels Computer weiterführende Erklärungstexte im praktischen PDF-Format abrufbar. Sie nehmen Bezug auf die im Film vorkommenden Begriffe (Nürnberger Gesetze, Herrenrasse, Versailler Vertrag etc.). Dieser Teil der DVD wurde insbesondere zur Unterstützung von Multiplikatoren, wie zum Beispiel Sozialkundelehrern, konzipiert. Alle Texte sind für einen Schwarz-Weiß-Druck im Format A4 optimiert. Drehbuchautor

Christian Engel ist es gelungen, alltägliche Ereignisse, die Jugendlichen heute begegnen, mit den Erinnerungen der Zeitzeugen an das Jahr 1938 in einen direkten und nachvollziehbaren Zusammenhang zu bringen. Produzent Philipp Zakrzewski hat diesen roten Faden mit Hilfe von nachgestellten Szenen und den Erinnerungen der Zeitzeugen konsequent umgesetzt. Durch die unkonventionelle Kameraführung von Christian Huck sowie den daran anknüpfenden Filmschnitt von Anne Maria Prachtel gelang es, einen Spannungsbogen zu erzeugen, der gleichwohl Fragen aufwirft und beantwortet. Dies wird von der Sprecherin Ilona Wuschig mit einfühlsamer Stimme unterstützt. Sie hatte die Projektleitung inne und ist zugleich als Professorin im Fachbereich Journalistik/Medienmanagement und Prodekanin der Fachhochschule Magdeburg-Stendal tätig.

Ulrich Grimm

BLAUER DUNST UND KEIN ENDE

DAS NICHTRAUCHERSCHUTZGESETZ UND SEINE GESCHICHTE

Dass Rauchen der Gesundheit schadet, ist längst eine Binsenweisheit: Der blaue Dunst kann zum Tode führen. 110.000 bis 140.000 Menschen sterben in Deutschland jährlich infolge des Tabakkonsums. Auch Passivrauchen ist gefährlich. Bundesweit sterben pro Jahr bis zu 5.000 Menschen, die nicht selbst rauchen, an Krankheiten wie Lungenkrebs.

Dennoch ist es offensichtlich alles andere als einfach, konsequenten Nichtraucherschutz in Gesetzestext umzusetzen, da sowohl die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in persönliche und wirtschaftliche Interessen berücksichtigt werden muss.

Die Initialzündung gaben einst die Gesundheitsminister der Länder auf ihrer zweitägigen gemeinsamen Sitzung Ende Juni 2006 in Dessau. Einstimmig sprachen sie sich für strengere Rauchverbote in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln aus. Außerdem sollten Gaststätten per Gesetz verpflichtet werden, getrennte Raucher- und Nichtraucherzonen einzurichten. Auf ein generelles Rauchverbot in Gaststätten konnten sich die Minister aber nicht einigen.

FÖDERALER FLICKENTEPPICH

In allen Ländern bereiteten die Parlamente entsprechende gesetzliche Bestimmungen zur Umsetzung des Rauchverbots vor. Insgesamt entstanden so in Deutschland 17 verschiedene Nichtraucherschutzgesetze.

Im Landtag von Sachsen-Anhalt hatte es dazu heftige Diskussionen gegeben. So trat Gesundheitsministerin Dr. Gerlinde Kuppe (SPD) für weitgehende Verbotsregeln ein. Der Koalitionspartner CDU plädierte dagegen dafür, dass Kneipiers die Wahl haben, ob sie eine Raucher- oder Nichtraucherkneipe betreiben. Am 14. Dezember 2007 billigte der Landtag mit Mehrheit der Abgeordneten das Gesetz. Am 1. Januar 2008 schließlich trat das „Gesetz zur Wahrung des Nichtraucherschutzes im Land Sachsen-Anhalt (Nichtraucherschutzgesetz)“ in Kraft.

Danach war der Glimmstängel im Landtag, in Gebäuden der Landesverwaltung, Schulen samt Schulhöfen, Jugendclubs, Sporthallen, Senioren- und Pflegeheimen, Krankenhäusern,

Kindergärten und Diskotheken nicht mehr erlaubt. Das galt auch für Gaststätten, wobei solche mit zwei abgeschlossenen Räumen einen als Raucherraum ausweisen konnten. Im Unterschied zu anderen Ländern allerdings musste dies nicht zwingend ein Neben-, sondern konnte auch der Hauptschankraum sein. Keine Ausnahmen hatte das Gesetz für Diskotheken vorgesehen: Hier sollte Qualmen tabu sein.

BUNDESWEITER PROTEST

Bundesweit begehrten Gastwirte gegen die Anti-Rauch-Front auf. Die Kneipiers sahen sich in ihrer Berufs- und Handlungsfreiheit sowie in ihren Eigentumsrechten verletzt und zogen vor Gericht. Zunächst hatte das Bundesverfassungsgericht Karlsruhe das Rauchverbot in kleinen Kneipen gekippt und die Gesetze in Berlin und Baden-Württemberg für verfassungswidrig erklärt. Auch in anderen Ländern, so in Thüringen, Sachsen, Niedersachsen und Brandenburg, gaben Richter den Klagen Recht, so dass hier die Nichtraucherschutzgesetze überarbeitet werden müssen.

In Sachsen-Anhalt zogen drei Diskothekenbetreiber sowie ein Kneipier gegen das Rauchverbot vor das Landesverfassungsgericht in Dessau-Roßlau. Die Besitzer der Diskotheken, die ihre Einrichtungen zum Teil an der Landesgrenze haben, beriefen sich darauf, dass es in anderen Bundesländern abgegrenzte Raucherräume geben dürfe und das Gesetz gegen die Gleichbehandlung verstoße. Der Kneipier aus Halle argumentierte, er fühle sich in seiner Existenz bedroht. Er habe nur einen Raum, so dass keine Möglichkeit zur Abtrennung bestehe.

RICHTER GABEN KLÄGERN RECHT

Die Richter gaben den Klägern am 22. Oktober 2008 Recht und erklärten damit das Nichtraucherschutzgesetz in einigen Teilen für verfassungswidrig: In Ein-Raum-Kneipen unter 75 Quadratmeter Größe und in Diskotheken mit Besuchern über 18 Jahren darf damit wieder geraucht werden. Bis Ende 2009 hat der Landtag nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes Zeit, ein neues Gesetz auf den Weg zu bringen.

Birgitt Pöttsch

Dafür ist es notwendig, dass die Fraktionen im Parlament ihre Vorstellungen schnell unter einen Hut bringen:

CDU-Fraktion

„Bereits in seiner Eilentscheidung hatte das Gericht deutlich gemacht, welche Passagen des Gesetzes ihm bedenklich erscheinen. Nun herrscht Klarheit. Die CDU-Landtagsfraktion macht sich dafür stark, entsprechende, dem Urteil folgende Änderungen zügig in das Gesetz einzuarbeiten, um Gaststätten und Diskotheken schnell verlässliche gesetzliche Grundlagen an die Hand zu geben.“

Markus Kurze,
stellvertretender Vorsitzender und
sozialpolitischer Sprecher der
CDU-Fraktion



SPD-Fraktion

„Ziel des Nichtrauchererschutzgesetzes ist ausdrücklich der Schutz der Nichtraucher. Das bleibt so und wird auch durch das Urteil des Verfassungsgerichtes in keiner Weise in Frage gestellt. Wie wir dieses Ziel mit den Vorgaben des Gerichts in Einklang bringen können, werden wir gründlich diskutieren.“

Petra Grimm-Benne,
sozial- und gesundheitspolitische Sprecherin der
SPD-Fraktion

DIE LINKE

„Gut ist, dass mit dem Urteil nunmehr Klarheit geschaffen wurde, nicht zuletzt auch für die betroffenen Gewerbetreibenden. DIE LINKE wirbt nach wie vor für ein bundeseinheitliches Gesetz, um einen föderalen Flickenteppich zu verhindern. Landesregierung und Koalition sind jetzt gefordert, dem Landtag eine gerichtsbeste Novelle des Nichtraucherenschutzes vorzulegen.“

Heidelinde Penndorf,
gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion
DIE LINKE

FDP-Fraktion

„Das Urteil ist auch als konkreter Arbeitsauftrag an die Landesregierung und das Parlament zu sehen. Das Verfassungsgericht hat klare Anforderungen formuliert, die es nun schnellstmöglich umzusetzen gilt. Alle Beteiligten brauchen Rechtssicherheit.“ Hüsken forderte, das Rauchverbot in Pflegeheimen aus dem Gesetz zu streichen. Dass ältere und pflegebedürftige Menschen auf den Balkon geschickt würden, sei unwürdig.

Dr. Lydia Hüsken,
sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion

MINISTER AUF DEM „HEISSEN STUHL“

SPANNENDERE SITZUNGEN VON REGIERUNGSBEFRAGUNG ERHOFFT

Nach dreifacher Erprobung sehen Fraktionschefs weiteren Gesprächsbedarf zu diesem neuen Instrument der Parlamentskultur



Prof. Dr. Wolfgang Böhmer bei der Septemberbefragung

Ohne Aufzeichnung ging Gesundheitsministerin Dr. Gerlinde Kuppe zum Rednerpult. An diesem Freitagmorgen wurde sie auf dem „heißen Stuhl“ befragt. Jenem neuen Instrument im Parlament, das seinen Namen in den Medien einer früheren Fernsehshow verdankt und offiziell „Regierungsbefragung“ heißt. Landtagssitzungen in Sachsen-Anhalt sollen dadurch spannender und lebhafter werden. Schriftliche Aufzeichnungen der befragten Regierungsmitglieder sind tabu. Doch Ministerin Kuppe hatte zu „Auswirkungen des GKV-Wettbewerbstärkungsgesetzes und des Gesundheitsfonds auf Sachsen-Anhalt“ das Wichtigste im Kopf. Den Fonds bezeichnete sie als Kompromiss aus den unterschiedlichen Modellen von CDU und SPD zur Neuorganisation der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Eine echte Reform sei dies aber noch nicht, räumte sie ein und auch, dass hier wohl „nach der Reform vor der Reform“ sei.

Die Frage der FDP-Fraktion, welche zusätzlichen Belastungen die Ministerin für die Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt vom einheitlichen Krankenkassenbeitrag von 15,5 Prozent ab 01.01.2009 erwartet, wurde nur vage beantwortet. Bei AOK-Versicherten sinke der Beitragssatz geringfügig, was auch für die Arbeitgeberseite spürbar werde, so Dr. Kuppe. Bezogen auf alle Kassen seien die Auswirkungen durch die

Landesregierung derzeit konkret nicht einzuschätzen. „Ich bin mit den Antworten nicht zufrieden“, so die liberale Abgeordnete Dr. Lydia Hüskens. Die parlamentarische Geschäftsführerin, die für ihre Fraktion die Fragerunde eröffnet hatte, bemängelte: „Wir haben konkrete Fragen an die Ministerin gestellt, die sie konkret nicht beantwortet hat und sich stattdessen in allgemeinen Aussagen verlor.“

Dabei war die Regierungsbefragung nach der Sommerpause mit großen Erwartungen sowohl der Abgeordneten als auch der Öffentlichkeit eingeführt worden. Spannendere, lebhaftere Debatten versprach man sich davon. Der Ältestenrat hatte das genaue Prozedere festgelegt: Jeweils freitags in der monatlichen Landtagssitzung können die Fraktionen in abwechselnder Reihenfolge zu einem aktuellen Thema die Regierung befragen – in der ersten Runde mit jeweils einer Haupt- und einer Nachfrage. Eröffnet wird diese Fragerunde, für die es keine zeitliche Frist bei der Beantwortung gibt, durch die den Antrag stellende Fraktion. Anschließend können Abgeordnete Zusatzfragen stellen, müssen ihre Wortmeldungen zuvor aber schriftlich beim Präsidenten anzeigen. Insgesamt darf die zweite Fragerunde 30 Minuten nicht überschreiten.

Premiere bei der Regierungsbefragung hatte im September Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer. Die Fraktion DIE LINKE hatte dafür als Thema „Das Jahr 2008 – das Jahr der Funktionalreform“ gewählt. Das Vorhaben, Aufgaben des Landes auf die Landkreise zu übertragen, beschäftigt den Landtag schon seit Jahren. Noch 2008 werde das Innenministerium einen Gesetzentwurf erarbeiten, kündigte der Regierungschef bei seiner Befragung im September an. Spätestens im Januar 2009 soll er dem Parlament zur Entscheidung vorliegen.

Im Oktober war es Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff, der auf Antrag der CDU-Fraktion Rede und Antwort zu den „Auswirkungen der Finanzmarktkrise“ stehen musste. Nach der FDP im November kann zur Dezembersitzung nun die

SPD ein Thema für die spontane Regierungsbefragung benennen. Deren Fraktionsvorsitzende Katrin Budde sieht darin „einen guten Ansatz, das Parlament lebendiger zu gestalten. Der Anfang war etwas verhalten, das muss sich noch einspielen. Aber ich denke, hier kann sich eine lebendige Debattenkultur entwickeln.“

Für den Vorsitzenden der CDU-Fraktion Jürgen Scharf ist bei den Befragungen, die er durchaus für geeignet hält, „ein neues Element in unserer Parlamentskultur zu werden“, die erhoffte Lebendigkeit jedoch noch nicht erreicht. „Daher müssen wir über die weitere Gestaltung und den Rhythmus gewiss noch sprechen.“

Nach Ansicht der FDP-Fraktion blieben die drei bisherigen Regierungsbefragungen hinter den Erwartungen zurück. „Wir möchten jedoch noch die kommenden Landtagssitzungen abwarten, bevor wir eine endgültige Beurteilung abgeben“, so Vorsitzender Veit Wolpert.

Auch DIE LINKE begrüßt den Gedanken an mehr Lebendigkeit im Plenum. Erreicht wird das aber nur, „wenn uns ellenlange Selbstdarstellungsmonologe der befragten Regierungsmitglieder erspart bleiben“, meint Fraktionschef Wulf Gallert. Wenn an den Modalitäten noch etwas gefeilt werde, könne „zeitliche Beschränkung sehr wohl auch zu geistiger Selbstdisziplinierung führen, die in der Sache hilfreich wäre“.

Gudrun Oelze

LANDTAGSSITZUNGEN IM INTERNET

PER MAUSKLICK DABEI SEIN

Wer eine Landtagsdebatte unmittelbar erleben will, wer hören und sehen will, wie die Abgeordneten diskutieren und entscheiden, dem bietet der Landtag ab Januar 2009 einen neuen Informationsservice an.

Erstmals werden die Landtagssitzungen am 22. und 23. Januar 2009 vollständig per Video über die Internetseite des Landtages zu verfolgen sein. Jeder kann sich dann per Mausklick von zu Hause sozusagen auf die Besuchertribüne des Landtags begeben. Die Plenardebatten werden ungekürzt – mit allen Redebeiträgen, Zwischenrufen und Abstimmungen – zur Verfügung gestellt.

Insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger, die tagsüber nicht die Zeit haben, sich auf diese Weise über die Landtagsdebatten zu informieren oder die sich Tage oder Wochen später noch einmal ansehen und anhören wollen, was die Abgeordneten zu einem bestimmten Thema diskutiert haben, hat sich der Landtag für eine sogenannte „Video-on-Demand“-Lösung entschieden. Wenige Minuten nach Ende jedes Redebeitrages wird dieser archiviert. So besteht die Möglichkeit, sich die Debatten mit geringem Zeitversatz, also nahezu live anzusehen oder die Debatten sowie interessante Reden auch nach der Landtagssitzung ganz oder teilweise zu erleben. Im Videoarchiv wird man nach den Reden einzelner Abgeordneter, Fraktionen aber auch nach bestimmten Themen suchen können. Damit bietet der Landtag von Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen deutschen Landesparlamenten ein einzigartiges Informationsangebot.

Der Landtag lädt die Bürgerinnen und Bürger ein, sich uneingeschränkt über die Debatten zu informieren und sich selbst ein Bild über die Arbeit des Parlaments zu machen.

Wir freuen uns auf Ihren virtuellen Besuch unter:
www.landtag.sachsen-anhalt.de

VOLKSHANDBUCH DES LANDTAGES

Das sogenannte Volkshandbuch enthält alle wichtigen Informationen zu den Aufgaben und Funktionen des Parlaments sowie seiner Abgeordneten und Ausschüsse. Die überarbeitete Neuauflage gewährt einen vollständigen Überblick über die Riege der Abgeordneten, die sich aufgrund des Ausscheidens und des Eintritts je zweier Mandatsträger verändert hat. Die aktualisierte Informationsbroschüre zur 5. Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt können Sie bequem und kostenfrei bestellen:

Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg
Fon 0391 | 560 | 1226
Fax 0391 | 560 | 1123
landtag@lt.sachsen-anhalt.de



WERKSTATT DER DEMOKRATIE

HALBZEIT IM LANDTAG DER 5. WAHLPERIODE



„Der Landtag ist die ‚Werkstatt‘ der Demokratie: Ein Haus, in dem Transparenz groß geschrieben werden muss, damit die Bürgerinnen und Bürger genau und schnell nachvollziehen können, welche Entscheidungen getroffen worden sind.“ Mit diesen Worten charakterisiert Landtagspräsident Dieter Steinecke den Landtag von Sachsen-Anhalt. Gut zweieinhalb Jahre nach der letzten Landtagswahl am 26. März 2006 ist die Halbzeit der fünften Wahlperiode erreicht und Zeit für eine Zwischenbilanz.

Aus den Wahlen ging die CDU als stärkste Partei hervor und stellt mit 40 Abgeordneten die größte Fraktion im Landtag. Die Fraktion DIE LINKE folgt mit 25 Mitgliedern (nach dem Ausscheiden einer Abgeordneten aus der Fraktion im Oktober 2008), die SPD mit 24 und die FDP mit 7 Abgeordneten. CDU und SPD bildeten die Regierungskoalition. Erstmals für fünf Jahre gewählt, konstituierte sich der Landtag mit seinen 97 Abgeordneten am 26. April 2006 und wählte auf dieser ersten Sitzung den CDU-Abgeordneten Dieter Steinecke zu seinem Präsidenten.

Ebenso erfolgte die Wahl von Prof. Dr. Wolfgang Böhmer zum Ministerpräsidenten des Landes. Landtagsvizepräsidenten wurden Dr. Helga Paschke (DIE LINKE) und Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD).

LANDTAG SETZT UNTERSUCHUNGS-AUSSCHÜSSE UND ENQUETE-KOMMISSION EIN

Waren diese Personalentscheidungen der Auftakt der Arbeit des Landtages der 5. Wahlperiode, folgten zwischenzeitlich 94 Gesetzentwürfe, die in 48 Plenarsitzungen debattiert und beschlossen wurden. Die Parlamentarier hatten insgesamt 1.500 Drucksachen mit Gesetzentwürfen, Anträgen, Beschlussempfehlungen und Informationsvorlagen zu lesen. Die elf ständigen Fachausschüsse des Parlaments diskutierten in 402 Sitzungen Gesetzentwürfe, Anträge und einzelne Sachverhalte. In 67 öffentlichen Anhörungen informierten sich die Abgeordneten über die Meinungen und Hinweise von Experten, Interessenvertretern und Verbänden. Um sich sehr gezielt mit einzelnen Sachverhalten zu befassen, beschloss der Landtag im April 2007 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE die Einsetzung der Enquetekommission „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“ (siehe Seite 14). Im September folgte die Einsetzung des 10. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Umgang der Polizei mit rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Vorgängen. Ein weiterer Untersuchungsausschuss, der sich mit der Aufklärung von Abfallein-

lagerungen in einigen Tongruben Sachsen-Anhalts beschäftigt, nahm im Juni 2008 seine Arbeit auf. Bereits am 15. Dezember 2006 hatte der Landtag die Einberufung eines sog. „Bildungskonvents für das Land Sachsen-Anhalt“ beschlossen. Das aus 37 ständigen Mitgliedern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen bestehende Gremium soll vor dem Hintergrund internationaler Vergleichsstudien sowie der demografischen Situation in Sachsen-Anhalt Empfehlungen für ein leistungsfähigeres allgemeinbildendes und berufsbildendes Schulsystem, das den Anforderungen der Zukunft gerecht wird, erarbeiten.

POLITIK TRANSPARENTER DARSTELLEN

Aber nicht nur diese Zahlen und die reine Gremienarbeit kennzeichnen die laufende Wahlperiode. Um seine Arbeit transparenter, Politik erlebbarer zu machen und damit die Demokratieakzeptanz zu fördern, hat der Landtag eine Reihe von Projekten auf den Weg gebracht. Durch eine Änderung der Geschäftsordnung soll die Plenumsarbeit lebendiger gestaltet werden. Die freie Rede wurde nun zum Standard, Redebeiträge der einzelnen Fraktionen können auf drei Minuten angesetzt werden, Sprecher von Volksinitiativen und Volksbegehren dürfen am Rednerpult zu Wort kommen. Hinzu kam eine neue Ministerbefragungsrunde, in der die Ressortchefs zu aktuellen Themen Stellung beziehen und quasi im Kreuzverhör Fragen der Abgeordneten beantworten müssen (siehe S. 10). Neu etwa im Vergleich zur

bisherigen Fragerunde ist dabei, dass die Minister nur das Politikfeld, nicht aber die konkreten Fragen vorab erfahren. Besonderen Wert als Informations- und Kommunikationsinstrument legt der Landtag auf das Internet. Mit einem inhaltlich erweiterten und grafisch völlig neu gestalteten Internetangebot ist das Parlament seit dem 10. November 2006 online. Der Internetauftritt bietet seinen Nutzerinnen und Nutzern einen schnelleren und einfacheren Zugriff auf ein erweitertes politisches Informationsangebot. Neben dem veränderten Erscheinungsbild der Website bilden die Erweiterungen der Service- und Informationsangebote für die politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern wie auch den sog. Profinitzern die Kernstücke des Internetrelaunchs. Für Januar 2009 sind zwei wesentliche Erweiterungen dieses Angebots geplant. Alle Landtagssitzungen können dann direkt verfolgt werden (siehe S. 11) und die Niederschriften aller öffentlichen Anhörungen sind zeitnah abrufbar.

POLITIK LEBT VOM MITMACHEN

Unter diesem Motto richtet der Landtag sich insbesondere an junge Menschen. Nicht nur, dass von den mehr als 13.000 jährlichen Besucherinnen und Besuchern des Landtag ca. 60 % Schülerinnen und Schüler sind, zeigt diese besondere Zielgruppenausrichtung. Durch eine Vielzahl von Veranstaltungen für Jugendliche und in dieser Wahlperiode erstmals herausgegebene jugendspezifische Informationsschriften wird dieser Schwerpunkt der Öffentlich-

Seit seiner konstituierenden Sitzung am 24. April 2006 haben die 97 Abgeordneten und die Vertreter der Landesregierung über mehr als 1.500 Tagesordnungspunkte debattiert und votiert. Dazu gehörten unter anderem 94 Gesetzesentwürfe, 305 Anträge und 36 aktuelle Debatten – die von den Auswirkungen der Finanzkrise bis zum Klima- und Artenschutz reichten.



keitsarbeit des Landtages deutlich. Herauszuheben sind dabei besonders das einmal jährlich durchgeführte Jugendparlament und die monatlich angebotenen Rollenspiele im Landtag. Mit diesen Angeboten soll der parlamentarischen Alltag greifbar gemacht werden.

ENGAGEMENT IM KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Eine Initiative, die sowohl bei den Mitgliedern des Landtags als auch bei der Landesregierung oberste Priorität genießt, ist das Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt. Im Mai 2005 gegründet, hat Landtagspräsident Steinecke direkt nach seiner Amtsübernahme die gemeinsame Schirmherrschaft mit Ministerpräsident Böhmer übernommen. Eine Vielzahl von Abgeordneten sind ebenso wie die vier Landtagsfraktionen Mitglied dieses Netzwerkes und im Rahmen des Aktionsprogramms „Hingucken! Einmischen! Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt“ aktiv.

Seit September 2008 haben die Parlamentarier zudem die Möglichkeit, den Regierungsmitgliedern bei der Regierungsbefragung – oder wie diese von den politischen Journalisten getauft wurde: „beim heißen Stuhl“ – auf den Zahn zu fühlen. Drei Mal machten die Abgeordneten bisher von dieser Form der kurzfristigen Befragung der Landesregierung Gebrauch. Des Weiteren wurden in den vergangenen 48 Plenarsitzungen 663 Kleine und 11 Große Anfragen an die Landesregierung gestellt, 162 Beschlussempfehlungen sprachen die elf Ausschüsse und der Ältestenrat aus, 21 Fragestunden wurden durchgeführt und 129 Unterrichtungen veranlasst.

Erik Staschöfsky

NETZBASIERTE MANDATSAUSÜBUNG IN VORBEREITUNG

Bis Ende dieser Wahlperiode im Jahr 2011 soll der Übergang zur netzbasierten Mandatsausübung vollzogen sein. Damit wird es Parlamentariern ermöglicht werden, Anträge netzgestützt einzureichen und alle Parlamentsmaterialien – auch die nicht öffentlichen – von jedem Punkt außerhalb des Landtagsnetzwerkes vom PC aus nutzen zu können. Damit können die Abgeordneten noch autonomer ihr Mandat ausüben und der Landtag leistet einen Beitrag zur Reduzierung der Papierflut. Zukünftig werden Abgeordnete selbst wählen können, ob sie jede der mehrere hundert Seiten umfassenden Drucksachen zu jeder Plenardebatte in Papierform haben oder ob Sie vorzugsweise mit digitalen Dokumenten arbeiten wollen. Mit dieser Innovation wird das sachsen-anhaltische Parlament ins obere Drittel der Landesparlamente in Sachen digitales Dokumentenmanagement und netzbasiertes Sitzungsinformationssystem aufsteigen.

Ursula Lüdckemeier

PERSONALENTWICKLUNG DES LANDES AUF DEM PRÜFSTAND

ERSTER ZWISCHENBERICHT DER ENQUETEKOMMISSION

Es ist bereits eineinhalb Jahre her, dass der Landtag auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE beschloss, eine Enquetekommission zum Thema „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“ einzusetzen.

Die anfängliche Skepsis gegenüber einer parlamentarischen Arbeitsgruppe für dieses umfassende Themengebiet, schon deutlich in den damaligen Stimmenthaltungen der anderen drei Fraktionen, ist inzwischen einer sachlichen Arbeit der zwölf Kommissionsmitglieder gewichen. Der Beschluss wurde im Oktober vergangenen Jahres mit der konstituierenden Sitzung der Kommission in die Tat umgesetzt. Die Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Kommission Nicole Rotzsch (CDU) konnte nun auf der Landtagssitzung im November 2008, eine durchaus erfolgreiche Halbzeitbilanz der Arbeit ziehen.

Es gilt, dem Landtag von Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme und der Skizzierung absehbarer Entwicklungen von zu erfüllenden Aufgaben, der finanziellen Rahmenbedingungen und der Entwicklung der Bevölkerungsstruktur Vorschläge zur Personalentwicklung im Land zu unterbreiten. Dies unter Berücksichtigung des von der Landesregierung vorgestellten Personalentwicklungskonzeptes, das sich auf ein Benchmark-Gutachten des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle stützt und die im Koalitionsvertrag verankerte Reduzierung auf 55.000 Stellen bis 2011 vorsieht.

Dazu führte die Kommission zahlreiche Anhörungen durch. Dabei wurden insbesondere für die Bereiche Bildung und Polizei Bedenken geäußert. In den nächsten Jahren werden hier viele Mitarbeiter aus Altersgründen ausscheiden. So wurden die von der Landesre-

gierung vorgesehenen Neueinstellungen von Lehrern als zu gering eingeschätzt bzw. der Personalbedarf zum Beispiel auch bei der Polizei zu wenig an belastungsorientierten Faktoren und künftigen Aufgaben festgemacht.

Ein weiteres erfolgreiches Arbeiten der Kommission hängt in Zukunft unter anderem davon ab, inwieweit die einzelnen Fachbereiche die Kommission in ihre Planungen rechtzeitig mit einbeziehen.

Die Kommissionsvorsitzende dankte auch der Hochschule Harz, die sich erheblich in die Ausarbeitung tragfähigen Materials einbrachte und so dazu beitrug, den Anspruch der Kommission auch auf wissenschaftliche Füße zu stellen.

Im März 2009 wird die Enquetekommission einen weiteren Zwischenbericht ihrer Arbeit vorlegen.

Detlef Pickut



Dr. Helga Paschke und Nicole Rotzsch

„Ich schätze die ausgesprochen gute und konstruktive Zusammenarbeit der Kommissionsmitglieder. Mit der Enquetekommission ist sichergestellt, dass die Personalentwicklung nicht allein der Landesregierung obliegt und das Parlament angemessen beteiligt ist. Eine umfassende und intensive Diskussion über eine qualitativ und quantitativ ausgewogene Personalentwicklung wird somit ermöglicht.“

Nicole Rotzsch (CDU)
Kommissionsvorsitzende

„Ich kann nur zustimmen. Es gilt die personelle Zukunft des Landes nicht nur unter finanziellen Gesichtspunkten und Flächenvergleichszahlen zu betrachten. Diese Rechnung geht nicht auf. Die Kommission fordert rechtzeitig in die Planungen einzelner Häuser einbezogen zu werden. Bislang wird unser IST zu oft von aktueller Planung überrollt.“

Dr. Helga Paschke (DIE LINKE)
Stellv. Kommissionsvorsitzende

RUND UM DEN LANDTAG – KURZ NOTIERT

Über den **Borkenkäferbefall** im Harz, insbesondere im Nationalpark Harz, informiert sich der Umweltausschuss bei einer öffentlichen Anhörung am 19. November 2008 in Magdeburg.

Am 27. November 2008 hat sich der Innenausschuss mehrheitlich für den gemeinsamen Gesetzentwurf der CDU und SPD zum **Hundegesetz** entschieden. Noch im Dezember soll das Gesetz endgültig durch den Landtag beschlossen werden.

Mit einer gemeinsamen Veranstaltung von Landtag und Landesregierung erinnert das Land am 27. Januar 2009 an die **Opfer des Nationalsozialismus**. Die Kranzniederlegung erfolgt in der Gedenkstätte „Roter Ochse“, die Gedenkstunde in der Konzerthalle Ulrichskirche in Halle.

Die derzeit bis zum 31. Dezember 2008 befristete obligatorische außergerichtliche **Streitschlichtung** wird vom Landtag am 13. November 2008 dauerhaft in das Schiedsstellen- und Schlichtungsgesetz integriert.

Zum dritten Mal würdigen Landtagspräsident Steinecke und Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer am 6. Dezember 2008 in einer gemeinsamen Veranstaltung im Palais am Fürstenwall 100 **ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger** des Landes.

Anlässlich des diesjährigen **Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen** laden Landtagspräsident Steinecke und der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt zu einer Gedenkstunde am 26. November 2008 in den Landtag ein.

In diesem Jahr schmücken Kinder des AWO Horts „Am Bördegarten“ aus Magdeburg den **Weihnachtsbaum im Foyer des Landtages**. Die Fichte ist ein Gruß aus dem Naturpark Drömling.

Der Landtag fordert in seiner Sitzung am 13. November 2008 von der Landesregierung einen Leitfaden zur **Verbesserung des Schutzes von Kindern** und zur Förderung der frühkindlichen Bildung.

Der Sozialausschuss des Landtages führt am 26. November 2008 eine Anhörung zum Thema **„Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt“** durch. Ausgangspunkt ist der 2. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes vom Mai 2008. Die Anhörung ist öffentlich.

Mit der **„Innovationspolitik für Sachsen-Anhalt“** befasst sich die öffentliche Anhörung der Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur am 3. Dezember 2008. Dabei sollen insbesondere die Förderinstrumente als Basis für Innovationen, das Innovationsgeschehen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu anderen Ländern sowie die nachhaltige Entwicklung und das Wachstum von Innovationspotenzialen in den verschiedenen Regionen des Landes diskutiert werden.

Auch 2008 ehrt Landtagspräsident Steinecke die Soldatinnen und Soldaten aus Sachsen-Anhalt, die sich zum Jahresende im Auslandseinsatz befinden. Mit der Anerkennungsmedaille, würdigt nunmehr zum sechsten Mal der Landtag den **weltweiten Friedenseinsatz der Bundeswehrangehörigen**.

MANFRED KEHRER

PARLAMENTSSTENOGRAF DER ERSTEN STUNDE



Der langjährige freiberufliche Parlamentsstenograf Manfred Kehrer wurde am 14. November 2008 vom Landtag verabschiedet.

Der heute 72-jährige Kehrer war 1989 Stenografenweltmeister und zwischen 1992 und 2000 vierfacher gesamtdeutscher Meister. Als freier Mitarbeiter organisierte er nach 1990 die Protokollierung der ersten Sitzungen des Landtages, bis dieser einen eigenen stenografischen Dienst aufbaute, der heute elf fest angestellte Stenografen umfasst. Bereits die erste Sitzung des Landtages am 28. Oktober 1990 in Dessau wurde per Kurzschrift von ihm festgehalten. Auch über die Jahre hinweg blieb er seiner Magdeburger Wirkungsstätte treu und bearbeitete die Redebeiträge in den Plenar- und Ausschusssitzungen des Landestages.

Besonders widmete sich Kehrer der Fremdsprachenstenografie. Zwischen 1979 und 1989 wurde er in dieser Disziplin achtmal Weltmeister, zuletzt mit zehn Sprachen (u. a. Bulgarisch, Englisch, Ungarisch, Polnisch, Italienisch).

Der Kunst der Kurzschrift kehrt er auch in Zukunft nicht den Rücken. Er wird weiter für das Parlament seines Heimatlandes, den sächsischen Landtag in Dresden, tätig sein.

BESUCH AUS CHINA

GESPRÄCH ZUR JUGENDPOLITIK

Eine Delegation aus der VR China besuchte am 16. Oktober diesen Jahres den Landtag von Sachsen-Anhalt. Bei den 25 Gästen handelte es sich um Verantwortungsträger aus Jugendpolitik, Jugendarbeit, Bildung und Kultur. Ihr Anliegen war es, sich mit Politikern über das Thema Jugendarbeit bzw. Jugendhilfe auszutauschen und Näheres über die Jugendpolitik des Landes zu erfahren. Der Präsident des Landtages Dieter Steinecke begrüßte die Gäste im Plenarsaal. Anschließend standen er und die jugend- und familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Eva von Angern für einen weiteren Gedankenaustausch zur Verfügung.



Im Magdeburger „einewelt haus“ kamen die Besucher mit Vertretern der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt (AGSA) ins Gespräch und besichtigten den Medientreff ZONE. Weitere Ziele des mehrtägigen Aufenthalts in Sachsen-Anhalt waren kulturhistorische Stätten in Halle und Quedlinburg. Die Gäste besichtigten außerdem das Berufsausbildungszentrum für Hotel- und

Gastronomiewesen sowie das Kultur- und Kommunikationszentrum KUZ in Quedlinburg und informierten sich über die soziokulturelle und präventive Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In Halle stand ein Treffen mit Mitarbeitern des evangelischen Bildungs- und Projektzentrums „Villa Jühling“ auf dem Programm.

Die 400-köpfige Delegation startete der Bundesrepublik einen Gegenbesuch ab, nachdem vergangenes Jahr 300 Vertreter aus Deutschland nach China gereist waren. Ziel dieser Treffen ist die Stärkung der Gemeinsamkeit und des Austausches zwischen Deutschland und China. Dieses Vorhaben wurde 2006 in einer gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzlerin Angela

Merkel und dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao festgeschrieben. Die bisherigen Begegnungen sind der Anfang einer Reihe von Gelegenheiten, die Beziehungen zwischen den Ländern zu vertiefen, die Kultur und Lebensweise kennen zu lernen, und so zu einer lebendigen, wachsenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Jugendpolitik beizutragen. *Heike Haller*

AUSSTELLUNGEN IM LANDTAG

Noch **bis zum 22. Dezember 2008** zeigt der Landtag die Ausstellung „**Zerrissen – Kinder als Opfer häuslicher Gewalt**“. Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt will mit dieser vom Ministerium für Gesundheit und Soziales und dem Landeskriminalamt erarbeiteten Plakatausstellung, die anlässlich des diesjährigen Internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen eröffnet wurde, betroffene Kinder in den Mittelpunkt der Wahrnehmung stellen. Außerdem werden die Organisation von Hilfsstrukturen, Interventionsmöglichkeiten sowie Unterstützungsangebote aufgezeigt.

Anlässlich des 70. Geburtstags von **Rita Hilpert** werden vom **8. bis 29. Januar 2009** Werke der in Freyburg/Unstrut lebenden Malerin im Landtag zu sehen sein. Dabei handelt es sich um Motive historischer Gebäude, Landschaften und Stillleben.

Im gleichen Zeitraum präsentiert sich die Stiftung Dome und Schlösser in Sachsen-Anhalt mit „**Reiseimpressionen in Sachsen-Anhalt**“, Ansichten aus vier Jahrhunderten. Die Route beginnt im Harz mit der Burg Falkenstein, eine der schönsten Burgen Sachsens-Anhalts, die zur Stiftung gehört. Über Magdeburg und Havelberg endet die Grafik-Reise mit der Neuenburg bei Freyburg. Gezeigt werden Kupferstiche, Lithos, Stahlstiche, Umrissradierungen und Aquarelle, die auf einzelne Liegenschaften der Stiftung, ihre Nutzung und ihre Bedeutung aufmerksam machen.

Alle Ausstellungen sind montags bis freitags (außer feiertags) von 08.00 bis 18.00 Uhr im Landtag zu besichtigen. Der Eintritt ist kostenfrei. Änderungen der Termine sind kurzfristig möglich. Aktuelle Infos unter www.landtag.sachsen-anhalt.de

TERMINE JANUAR - MÄRZ 2009

08. - 29. Januar 2009

AUSSTELLUNG „REISEIMPRESSIONEN IN SACHSEN-ANHALT“

Aus den Grafikbeständen der Stiftung Dome und Schlösser Sachsen-Anhalt

08. - 29. Januar 2009

AUSSTELLUNG MIT WERKEN DER FREYBURGER MALERIN RITA HILPERT

22./23. Januar 2009

51. UND 52. SITZUNG DES LANDTAGES

27. Januar 2009

GEMEINSAME GEDENKVERANSTALTUNG

des Landtages und der Landesregierung für die Opfer des Nationalsozialismus
Kranzniederlegung in der Gedenkstätte „Roter Ochse“, Halle,
Gedenkveranstaltung in der Konzerthalle Ulrichskirche, Halle

04. Februar - 25. März 2009

AUSSTELLUNG „WERDEN WIR EIN VOLK?“

Visualisierende Darstellung der gesellschaftlichen Entwicklungen nach dem
Systemumbruch, Sonderforschungsbereich der Universitäten Halle-Wittenberg
und Jena

19./20. Februar 2009

53. UND 54. SITZUNG DES LANDTAGES

19./20. März 2009

55. UND 56. SITZUNG DES LANDTAGES

Die aktuellen Termine finden Sie immer unter: www.landtag.sachsen-anhalt.de

DER LANDTAG IM INTERNET

DER SCHNELLSTE WEG ZU AKTUELLEN INFORMATIONEN

Wahlergebnisse, Abgeordnetenbiografien, Fraktionen, Ausschüsse, Termine,
Tagesordnungen, Drucksachen und vieles mehr kann beim Besuch des
Landtages im Internet abgerufen werden unter:

www.landtag.sachsen-anhalt.de

Besucherguppen können sich online anmelden, und über die integrierte
Mailfunktion sind alle Abgeordneten erreichbar. Ebenso ist die Bestellung wei-
teren Informationsmaterials möglich.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Der Präsident des Landtages von
Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen:

10.000 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse:

Landtag von Sachsen-Anhalt
Ref. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6 - 9, 39094 Magdeburg
Fon: 0391 | 560 | 0
Fax: 0391 | 560 | 1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion:

Ursula Lüdke-meier (Ltg.), Ulrich Grimm,
Heike Haller, Stefan Müller, Gudrun
Oelze, Detlef Pickut, Birgitt Pötzsch,
Susann Scheffler, Erik Staschöfsky

Fotos:

Klapper – Magdeburg: Umschl. 2;
S. 1; 3; 10; 12; 13; Umschl. 4 m. li., u. li.
Viktoria Kühne: Titelbild; S. 2 li.; 4; 5
Landtag: 11; 15, 16, Umschl. 4
Detlef Pickut: S. 14
Digitalpress/Shotshop.com: S. 2 re.; 9
Stefan Müller: Umschl. 4 m. re., dar. li.
spi Forschung gGmbH Berlin: S. 6; 7

Gestaltung:

signum Halle (Saale)
www.agentursignum.de

Druck:

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruck.de

Redaktionsschluss:

27. November 2008

Dieses Magazin dient der Öffentlichkeits-
arbeit des Landtages von Sachsen-Anhalt.
Es wird kostenfrei verteilt. Es darf weder
von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern
während eines Wahlkampfes zum Zwecke
der Wahlwerbung verwendet werden.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt versteht sich neben seiner Funktion als Gesetzgebungsorgan auch als ein Ort der Begegnung. Die Bildimpressionen dieser Seite geben einen kleinen Einblick in Begegnungen des Jahres 2008 in und außerhalb von Magdeburg.



Vom 31. März bis 5. April reiste der Ältestenrat des Landtages nach Israel. Anlass war der 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel. In der Gedenkstätte Yad Vashem legten die Vertreter des Landtages einen Kranz nieder.



Am 21. Mai wurde die Ausstellung „WeltSpielzeug“ im Landtag eröffnet. Zu sehen war selbst hergestelltes Spielzeug von Kindern aus Asien, Afrika und Lateinamerika.



Der Landtag von Sachsen-Anhalt feierte mit einem Festkonzert am Abend des 2. Oktober im erst im März 2008 eingeweihten Veranstaltungszentrum im Schloss Köthen den diesjährigen Tag der Deutschen Einheit.



Im Rahmen des 12. Eurocamps für Kids des Landesverbandes „Kinder- und Jugendherholungszentren Sachsen-Anhalt e.V.“ waren 280 Kinder und Jugendliche aus 21 Ländern am 15. Juli Gäste des Landtages.



Landtagspräsident Dieter Steinecke und Sozialministerin Dr. Gerlinde Kuppe verabschiedeten die vier Sportler des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbandes Sachsen-Anhalt, die vom 6. bis 17. September an den Paralympics teilnahmen.



Im März erfolgte eine erneute Anhörung zum Entwurf eines „Gesetzes zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren“.



Der MDR führte am 14. November zum zweiten Mal seine Aktion „Hörer testen den Landtag“ durch.



Vom 13. bis 15. Juni fand in Merseburg nun schon zum zwölften Mal der Sachsen-Anhalt-Tag statt. Der Landtag war mit einem breiten Informationsangebot vor Ort. Für Gespräche mit Landespolitikern standen an allen drei Tagen Abgeordnete aus allen im Landtag vertretenen Parteien zur Verfügung.